

In der Volkswirtschaftslehre kennen wir ja verschiedene Wirtschaftsordnungen ; man spricht daher auch von der Theorie der Wirtschaftsordnungen. Sie stellt sich die Aufgabe, die Vielzahl von Erscheinungsformen zu systematisieren, das heißt nach ihren wesentlichen Unterscheidungsmerkmalen zu klassifizieren. Die sich ergebenden Grundtypen sind abstrakte Gedankenmodelle idealtypischer Wirtschaftsordnungen, im Sprachgebrauch wird daher auch von idealtypischen Wirtschaftssystemen gesprochen.

Die real existierenden Wirtschaftsordnungen, auch Realtypen genannt, lassen sich auf zwei Grundformen von Wirtschaftssystemen zurückführen, diese werden wiederum als Idealtypen bezeichnet : nämlich die idealtypische kapitalistische Marktwirtschaft und die idealtypische sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft.

Bei der kapitalistischen Marktwirtschaft sind die alle Teilnehmer am Wirtschaftsprozess gleichberechtigt. Es gilt das Prinzip der Koordination, das heißt individuelle Pläne werden über den Markt abgestimmt. Entscheidend für die eigenverantwortliche Planung ist, dass Privateigentum an Produktionsmitteln besteht. Die Einigung zwischen den Partnern erfolgt über Verträge, weswegen man auch von einer Vertragswirtschaft spricht.

Im Gegensatz zur Marktwirtschaft existiert in der Zentralwirtschaft ein allumfassendes System zentraler staatlicher Lenkung. Die zentrale Lenkungsbehörde weist die Betriebe an, welche Güter in welcher Qualität und Quantität zu produzieren sind, und kontrolliert die Produktionsergebnisse. Es gilt das Prinzip der Unterordnung. Aus diesem Grunde bezeichnet man dieses System auch als Befehlswirtschaft. Entscheidend für die Durchsetzung der zentralen Pläne ist, dass das Eigentum vergesellschaftet ist, also Privateigentum existiert.

Im theoretischen Modell ergeben sich schon Vorteile, die sich allerdings praktisch nicht umsetzen lassen. So kann man einen Vorteil der Zentralverwaltungswirtschaft darin sehen, dass von vornherein ein in sich konsistenter Gesamtplan erstellt werden kann. Im idealtypischen Fall kann es also keine Über- noch Unterproduktionen geben. In der Marktwirtschaft signalisiert der Markt dagegen erst im nachhinein durch Preiseinbrüche und Verluste, dass die Produzenten Fehlentscheidungen getroffen haben.

Das Problem liegt in der Überforderung der Planungsinstanz. Die Praxis hat gezeigt, dass in komplexen arbeitsteiligen Volkswirtschaften die zentralen Planungsprobleme so umfassend und schwierig werden, dass

sie praktisch nicht optimal bewältigt werden können. Zudem lassen sich die Präferenzen der Konsumenten nicht exakt ermitteln, mit der Folge, dass insbesondere in einer Planwirtschaft - mit Geld als Zahlungsmittel und somit teilweiser Konsumentenfreiheit, die Produktion und die tatsächlichen Kaufakte nicht übereinstimmen.

Das Argument, dass es keine Arbeitslosigkeit in der Zentralverwaltungswirtschaft gab, kann man auch nicht stehen lassen. Es herrschte zwar keine offene/offiziell keine Arbeitslosigkeit, jedoch gab es in real existierenden Planwirtschaften wie eben der damaligen DDR und UdSSR, in einem erheblichen Umfang Verdeckte Arbeitslosigkeit. Unter diese Art von Arbeitslosigkeit fallen Bürger, die zwar arbeitswillig sind, sich aber gar nicht erst registrieren lassen, zum Beispiel, weil sie glauben sowieso keine Arbeit zu finden.

Ebenso ist der vielfach herausgestellte Vorteil der Vermeidung von Inflation durch Planwirtschaft fragwürdig. Die Preise waren zwar vom Staat festgelegt, jedoch herrschte quasi Geldentwertung, die sich in Form von Güterknappheit gezeigt hat.

Dieses Phänomen wird von Ökonomen auch Warteschlangeninflation genannt.

Weitere Nachteile der Zentralverwaltungswirtschaft sind die geringere Arbeitsproduktivität, damit ist die Leistung je Arbeitskraft gemeint und eine gewisse wirtschaftliche Entmündigung der Bürger, welche die Eigeninitiative lähmt und somit die wirtschaftliche Effizienz der Zentralverwaltungswirtschaften mindert.

Ein großer Vorteil der kapitalistischen Marktwirtschaft ist ihre Flexibilität. Sie passt sich jeder Marktsituation an. Bei gut funktionierendem Wettbewerb wird der Strukturwandel (technologischer Fortschritt) problemlos vollzogen und die Produktionsfaktoren werden kosteneffizient eingesetzt. Gefahr droht allerdings durch zu große Unternehmen, die eine zu große Marktmacht ausüben und somit den Wettbewerb behindern. In diesem Fall muss der Staat eingreifen, um den Wettbewerb zu gewährleisten.

Ein Nachteil besteht darin, dass die Marktwirtschaft stetigen Konjunkturschwankungen unterworfen. So kann es bei Rezessionen zu einer hohen (konjunkturellen) Arbeitslosigkeit kommen. Auf der anderen Seite kann es in Zeiten des wirtschaftlichen Booms zu hohen Inflationsraten kommen.

Es gibt einen weiteren Nachteil, das Risiko des Marktversagens. Als letzten Nachteil der Marktwirtschaft möchte ich die soziale Ungerechtigkeit ansprechen. Leistungsschwächere Individuen werden im

kapitalistischen Marktprozess benachteiligt. Konsequenz daraus ist, dass die Schere zwischen arm und reich immer größer wird

Die Soziale Marktwirtschaft ist aber kein streng in sich geschlossenes ordnungspolitisches oder rein theoretisches Konzept, sondern eine Wirtschaftsordnung, die im Lauf der Zeit vielen Wandlungen unterlag und auch für zukünftige Veränderungen offen bleiben wird.

Als Definition möchte ich eine Aussage von Alfred Müller-Armack heranziehen, der als Schöpfer dieses Begriffs gilt.

Er bezeichnete die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft als eine Wirtschaftsordnung, die es versteht, die Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden.

Eine noch so effiziente Marktwirtschaft von den Bürgern nicht akzeptiert wird, wenn die ökonomischen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Marktsystems als ungerecht beziehungsweise unsozial empfunden werden. Im Zweifel würde dann die Marktwirtschaft als ganzes abgelehnt. Daher ist es Aufgabe der Politik, die Ergebnisse des Wirtschaftens „gerecht“ zu verteilen und ein soziales Netz für die Bedürftigen zu spannen. Aus einer effizienten und stabilisierten Marktwirtschaft entsteht dann eine Soziale Marktwirtschaft.

Unter der Sozialpolitik lassen sich sämtliche Aktivitäten zusammenfassen, die auf soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sowie sozialen Friedens abzielen. Hierfür gilt es auch, die materiellen Lebensgrundlagen benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen zu verbessern.

Die Maßnahmen lassen sich unter folgenden Begriffen zusammenfassen.

- Versorgung, wie zum Beispiel die Rentenversicherung
- Versicherung, hierzu zählt man insbesondere die Renten- Kranken- und Arbeitslosenversicherung
- Fürsorge, unter die Unterstützungen wie die Sozialhilfe oder das Bafög fallen.

Die Grenzen zur Umverteilungspolitik sind fließend. In einem engeren Sinn verfolgt die Umverteilungspolitik das Ziel, die sich als Ergebnis der Marktkräfte einstellende Verteilung von Einkommen und Vermögen im nachhinein gemäß der herrschenden Gerechtigkeitsvorstellung zu korrigieren. Zu diesem Zweck können vor allem ein progressives Steuersystem und staatliche Transferzahlungen in Form von Sozialleistungen zum Einsatz kommen.

Die Humanisierung der Arbeitswelt dient dem Ziel, die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zu stärken und zu fördern.

Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Die erste Phase war die des **Ordoliberalismus** von 1948 bis 1966/67. Danach folgte die Phase des **freiheitlichen Sozialismus**, welche 66/67 begann und bis Ende der 70er Jahre andauerte. Anfang der 80er kam die Phase der **Wiederentdeckung der Ordnungspolitik**. Diese wiederum fand ihr Ende 1990. Die letzte Phase beschäftigte sich seit 1990 mit der **Integration der DDR**. Zwei Ereignisse markieren die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in der Phase des Ordoliberalismus :

Zum einen die **Währungsreform** vom 21.06.1948, mit der die Alliierten versuchten das deutsche Geldwesen zu sanieren.

Zum anderen durch das sogenannte **Leitsätze-gesetz** vom 16.06.1948. Ludwig Erhard setzte hiermit die Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftungsvorschriften für Erzeugnisse von Gütern und den Einsatz von Ressourcen sowie den Handel mit Devisen durch.

Die Ordoliberalen fordern einen starken Staat, der über Einzelinteressen steht und mit der Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung die Schranken festlegt, innerhalb derer sich die Privaten und er selbst bewegen dürfen. Besonderes Gewicht legen Sie auch auf die Sicherung der Wettbewerbsordnung.

Aus dieser Sicht wären **sieben Aufgaben oder Säulen** zu nennen, auf die sich die marktwirtschaftliche Ordnungspolitik stützt.

Die **Sicherung des Wettbewerbs** wird als das erste wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip bezeichnet. Es soll die Grundfreiheiten wie die Gewerbe- und Investitionsfreiheit, die Konsumfreiheit, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit, Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit sowie die Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie gewährleisten.

Das Privateigentum ist Voraussetzung dafür, dass die genannten Freiheitsrechte in der Realität auch wirklich genutzt werden. Deswegen ist es ein eigene Säule.

Eine weitere Säule ist **die Preisniveaustabilität**. Funktionierende Märkte setzen eine strikt am Ziel der Preisniveaustabilität ausgerichtete Geldpolitik voraus.

Der Staat muss aktiv die Inflation bekämpfen. Denn nur in einer inflationsfreien Wirtschaft vermag der Preismechanismus seine Lenkungs-funktion voll zu entfalten. Damit haben wir gerade eine weitere Säule angesprochen, die der **regelgebundenen Geldpolitik**. Darunter versteht man eine Geldordnung, die möglichst automatisch

Preisniveaustabilität gewährleistet. Diese Aufgabe übernimmt mit der Währungsunion die Europäische Zentralbank, kurz EZB.

Hinzu kommt die **stetige und berechenbare Wirtschaftspolitik**.

Darunter fällt zum Beispiel das Schaffen guter Rahmenbedingungen für Investoren.

Die Ordoliberalen sind zudem der Meinung, dass die Sozialpolitik dem Gebot der Subsidiarität folgen soll, das heißt die Individuen sollen sich in erster Linie selbst um eine ausreichende privatwirtschaftliche Absicherung der Lebensrisiken bemühen. Und als letzte Säule wäre dann noch die Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Anreizen zu nennen. In umweltpolitischer Hinsicht plädieren Ordoliberale stärker für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in Form von wirtschaftlichen Anreizmechanismen wie Ökosteuern, Umweltzertifikaten etc. als mit Ge- und Verboten zu arbeiten. Somit hätten wir die sieben Säulen des Ordoliberalismus kennengelernt.

In der Zeit von 1948 bis 1966/67 sind grundlegende Gesetze zur Institutionalisierung und Sicherung der Marktwirtschaft abgeschlossen worden. Nach der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg trat die Sozialpolitik und der Ausbau des öffentlichen Sektors stärker in den Vordergrund. Eine konjunkturpolitische Lenkung der Wirtschaft durch den Staat fand hingegen nicht statt. Wie Sie auf der Folie sehen können sind in der Zeit folgende Gesetze verabschiedet worden.

Grundgesetz 1949

Tarifvertragsgesetz 1949

Bundesbankgesetz 1957

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen 1958

Sozialhilfegesetz 1961

Der große Unterschied zum Ordoliberalismus ist, dass man eine aktive Konjunkturpolitik betrieben hat. . Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik im freiheitlichen Sozialismus ist die Vollbeschäftigung. Die Notwendigkeit der Sicherung der Preisniveaustabilität tritt demgegenüber in den Hintergrund.

Weiterhin steht der Ausbau der sozialen Sicherung und die Umverteilung der Einkommen und Vermögen im Vordergrund. Dazu soll die Steuerprogression verschärft, Sozialtransfers ausgeweitet und das soziale Netz enger verknüpft werden. In der Umweltpolitik wird für Ge- und Verbote plädiert.

Nach den Jahren des deutschen Wirtschaftswunders war damals die erste (Nachkriegs)Rezession im Jahre 1966/1967 eingetreten. Aus dieser Zeit stammt auch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. In dieser Phase wurde auch die betriebliche Mitbestimmung durch das Mitbestimmungsgesetz weiter ausgebaut.

Zunehmende Fehlentwicklungen, insbesondere der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig hohen Inflationsraten führten zu einer erneuten Umorientierung. Man wollte sich auf alte Grundsätze zurückbesinnen, so wollte man insbesondere auf staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozessen verzichten. Das Ziel bestand darin, die Marktkräfte durch Verbesserung der Rahmenbedingungen wiederzubeleben. So wurden zum Beispiel monetäre Rahmenbedingungen, in Form einer neuen Bundesbankpolitik verbessert um der Inflation vorzubeugen. Ebenso wurde eine neue Finanzpolitik etabliert. Die neue These lautete „Mehr Markt, weniger Staat.“

Die deutsch-deutsche Währungsunion zum 01.07.1990 und der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 03.10.1990 leitete die vierte Phase der sozialen Marktwirtschaft ein.

Nach der Währungsumstellung und der deutschen Vereinigung wurde eine Politik der massiven Investitionsförderung und umfangreicher Transfers in die neuen Länder betrieben.

Seit Mitte der 90er Jahre kann man beobachten, dass sich die Soziale Marktwirtschaft immer mehr zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft hin entwickelt.